

Presseinformation

Alexa Lamberz
Pressesprecherin der Fraktion

**DIE LINKE. Fraktion im
Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 966 15 37
Telefax: 0331 / 966 15 40

pressestelle@
linksfraktion-brandenburg.de

Potsdam, den 21.01.2016

23. Sitzung des Landtages

TOP: 1. Aktuelle Stunde

Thema:

Innere Sicherheit in Brandenburg gewährleisten - Aktuelle Bedrohungslage ernst nehmen, entschlossen handeln, Polizei und Verfassungsschutz stärken

**Redebeitrag: Dr. Hans – Jürgen Scharfenberg
(Es gilt das gesprochene Wort)**

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Liebe Brandenburgerinnen,
die CDU-Fraktion widmet ihre Aktuelle Stunde dem Thema der Inneren Sicherheit. Der Bogen wird von den Übergriffen am Silvesterabend in Köln über die zahlreichen fremdenfeindlichen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und die islamistischen Terrorakte in aller Welt bis zu gewaltsamen Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Protesten gegen eine Aktion von Pegida in Potsdam gespannt.

Vor dem Hintergrund der beunruhigenden Entwicklung weltweit, die sich auf uns alle auswirkt, hat die öffentliche Sicherheit zweifellos einen hohen Stellenwert. Es kommt jedoch darauf an, mit welcher Intention man dieses Thema setzt.

Mit dem am Dienstag vorgelegten umfangreichen Entschließungsantrag erhebt die CDU-Landtagsfraktion erneut den Anspruch auf die Meinungsführerschaft bei der Ausgestaltung der Sicherheitspolitik im Land Brandenburg. Allerdings widerspiegelt dieser Antrag zugleich und sicher ungewollt, dass es gut ist, dass die brandenburgische CDU eben nicht das Sagen hat auf diesem wichtigen Gebiet der Landespolitik.

So sind Sie ja nicht einmal in der Lage, die Bedingungen im Land korrekt widerzuspiegeln. Sie sprechen in Ihrem Antrag davon, dass die Polizei gegenwärtig weniger als 8.000 Personalstellen hat. Dabei wissen Sie doch ganz genau, dass die für 2015 und 2016 vorgesehenen kw-Vermerke gestrichen und damit der Personalabbau gestoppt werden. Im Übrigen verweise ich Sie auf die

Antwort zu Ihrer Kleinen Anfrage vom 3.11. 2015. Da wird Ihnen mitgeteilt, dass die Polizei zum 1.11. 2015 8.057 Bedienstete hatte. Genau so ist das mit Ihren Zahlen für den Verfassungsschutz, der tatsächlich personell abgebaut worden ist, aber eben nicht auf die von Ihnen behaupteten unter 90 Stellen.

Übrigens: Ich weiß ja, dass sie es nicht so mit der geschlechtergerechten Sprache haben. Aber offensichtlich gehen Sie davon aus, dass es beim Verfassungsschutz nur Männer gibt, während Sie immerhin von Polizistinnen und Polizisten sprechen. Aber das nur nebenbei.

Neben anderem mahnen Sie an, die Ausbildungskapazitäten bei der Polizei erheblich auszubauen. Fakt ist: Die für dieses Jahr geplante Einstellung von 310 Anwärtern ist eine Rekordzahl. Vor diesem Hintergrund ist es schlichtweg deplatziert, eine erhebliche Erhöhung dieser Zahlen zu fordern.

Ich will das jetzt gar nicht im Einzelnen fortführen. Der Entschließungsantrag ist ein Sammelsurium verschiedener Probleme, die ohne erkennbare Systematik aneinander gereiht werden. Schon deswegen kann man diesem Antrag nicht folgen.

Entscheidend ist jedoch, und das wissen Sie ganz genau: Sicherheitspolitik wird nicht mit detaillierten Vorgaben durch Parlamentsbeschlüsse gemacht. Wenn Ihr Antrag wirklich erforderlich wäre, wäre das Kind bereits in den Brunnen gefallen und die dafür Verantwortlichen hätten eklatant versagt.

Das ist jedoch definitiv nicht der Fall.

Ich gehe davon aus, dass Sie die Ergebnisse der Evaluierung der Polizeireform zur Kenntnis genommen haben. Dazu gehört auch das von uns im September eingeforderte Konzept zur Umsetzung der Empfehlungen dieser Evaluierung, das uns im Dezember mündlich vorgestellt und in der vergangenen Woche schriftlich übermittelt wurde.

Die dort formulierten 89 Aufgabenstellungen für die Umsetzungskommission sind zum Teil bereits erledigt oder sollen 2016 bewältigt oder zumindest angegangen werden. Dabei fehlt keines der im Zusammenhang mit der Reform diskutierten Reizworte, wie die Stärkung des Wach- und Wechseldienstes, die Stärkung der Bereitschaftspolizei, die Stärkung der

Kriminalkommissariate oder die kritische Auseinandersetzung mit dem Prinzip der Führung auf Distanz.

Übrigens: Wir wollten eine solche objektive Analyse, die jetzt gezeigt hat, dass die ursprünglichen Personalplanungen für die Polizei nicht den Bedingungen im Land Brandenburg entsprechen. Hier gab es unrealistische Einschätzungen, die zum großen Teil schon korrigiert sind und noch korrigiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Brandenburg ist ein sicheres Land, die brandenburgische Polizei ist technisch und personell gut aufgestellt und das soll auch so bleiben. Deshalb werden wir den Prozess der Umsetzung der formulierten Aufgabenstellungen aufmerksam begleiten.

Mit dem jetzt eingebrachten Nachtragshaushalt verbinden sich Entscheidungen, mit denen der Personalabbau bei der Polizei faktisch eingestellt wird. Wir entscheiden uns damit für eine Polizeistärke, die über 1100 Stellen mehr umfasst, als zum Beginn der Reform geplant.

Diese Diskussion muss und wird weiter geführt werden, wenn es um den Haushaltsplan 2017/2018 und die Personalbedarfsplanung geht.

Ich will allerdings auch darauf aufmerksam machen, dass die Herausforderungen unserer Zeit weit umfassender sind als das Sicherheitsthema, das Priorität hat, aber nicht die einzige Herausforderung ist.

Die CDU fordert eine Neubewertung der Bedrohungslage in Brandenburg. Damit rennen Sie offene Türen ein. So macht der Innenminister in seinem Umsetzungskonzept darauf aufmerksam, dass aktuelle Lageentwicklungen und gesellschaftliche Veränderungen wie die anhaltende Flüchtlingssituation und der internationale Terrorismus nicht Gegenstand der Untersuchungen und Betrachtungen waren. Das heißt auch, dass die Prioritätensetzung und die Umsetzungsplanung darauf ausgerichtet werden muss, so der Innenminister. Wie wir alle im Dezember erfahren konnten, sind dazu schon erste Festlegungen getroffen worden, so zur Bewaffnung der Polizei. Es gibt keinen Grund, hier irgendwelche Versäumnisse anzumahnen. Ich wiederhole: Die brandenburgische Polizei ist auf der Höhe der Zeit und stellt sich den Herausforderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zugleich ist mir wichtig, darauf aufmerksam zu machen, dass die von der CDU beschriebenen Themenfelder nicht nur unter dem Sicherheitsaspekt zu betrachten sind. Wenn wir die Ursachen für die Ausweitung des Terrorismus angehen wollen, ist Politik in ihrer ganzen Komplexität national und international gefordert. Wir müssen in aller Nüchternheit feststellen: Mit der Sicherheitspolitik im Land Brandenburg können wir letztlich nur die Auswirkungen bekämpfen und möglichst gering halten.

Meine Damen und Herren,

Im Umgang mit den Flüchtlingen im Land Brandenburg sind wir alle gut beraten, an dem Partei übergreifenden Vorgehen in den Grundsätzen festzuhalten. Wir werden diese Herausforderung nur meistern, wenn möglichst viele bei der Aufnahme und bei der Integration von Flüchtlingen an einem Strang ziehen. Die Polizei und der Sicherheitsapparat insgesamt haben mit dem Schutz von Flüchtlingen dazu einen Beitrag, aber nicht die Hauptarbeit zu leisten.

Meine Damen und Herren,

die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln haben bundesweit für viel Empörung und Unruhe gesorgt. Sie haben, wenn man den Umfragen folgt, eine fatale Wirkung auf die öffentliche Meinung zu Flüchtlingen und anderen Migranten in Deutschland. Ohne das unterschätzen zu wollen, will ich hier aber auch feststellen, dass es gegenwärtig unmöglich ist, daraus fundiert und verbindlich abzuleiten, welche Relevanz das für die Bundesrepublik insgesamt und für Brandenburg hat.

Was uns nicht weiter hilft, ist Hysterie und Verunsicherung. Das lähmt die Zivilgesellschaft und genau das können wir alle nicht wollen.

Und, Herr Gauland, Ihr primitiv populistischer Umgang mit diesen Ereignissen, ihr schamloser Versuch, direkt und nur politisches Kapital daraus schlagen zu wollen, ist keine Politik. Sie lösen keine Probleme, sondern sie schaffen welche. Das ist Ausdruck höchster Verantwortungslosigkeit und dafür müssen Sie auch geradestehen.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zu den Ereignissen in der vergangenen Woche in Potsdam.

Ich bin als Bürger dieser Stadt stolz darauf, dass es gelungen ist, den angekündigten Aufmarsch von Pegida-Anhängern zu verhindern. Die Landeshauptstadt hat auch am gestrigen Abend überzeugend unter Beweis gestellt, dass es hier eine stabile und starke zivilgesellschaftliche Struktur gibt, die solchen Kräften keinen Raum bietet.

Viele Potsdamerinnen und Potsdamer haben sich auf den Weg gemacht, um ihren friedlichen Protest zum Ausdruck zu bringen. Das Übergewicht derjenigen, die Potsdam als weltoffene und tolerante Stadt präsentiert haben, war eindeutig. Umso bedauerlicher ist es, dass es in der vergangenen Woche auch welche gab, die mit Gewalt und Randalen aufgetreten sind. Das und insbesondere auch die Angriffe auf Polizeibeamte verurteilen wir. Diese Randalierer haben unserem Anliegen des friedlichen Protests einen Bärendienst erwiesen. Wie der gestrige Abend gezeigt hat, sind daraus wirksame Schlussfolgerungen gezogen worden.